

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellung 10 Pfennig

Heute  
neuer  
Roman!

Tageszeitung der KPD / Section der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,80 Reichsmark  
(ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle  
und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Druckmaschinen: Dresden Nr. 1559  
Erscheinungstermine: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr  
für Betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitag von 16 bis 18 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die normal gestaltete Placatzeile oder deren Raum 4,25 RM, für Familien-  
anzeigen 3,25 RM, für die Placatzeile einschließlich an dem dreißigtägigen Zeit einer Zeile 1,50 RM.  
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt., Güterbahnhof-  
straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer  
Preise besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Montag den 14. Oktober 1929

Nummer 240

## Verschiebung der Kommunalwahlen in Berlin geplant

Der Bundesvorstand des Reichsbanners an Wuchergesellen der Sklarefs beteiligt / Große Solidaritätsaktion der Oppelner  
Eisenbahner für die Berliner Kohrleger / 3. Reichskongreß der Roten Hilfe eröffnet / Arbeitergespräch antworten den Reformisten

Die Furcht vor der Abrechnung

### Ein Manöver der Sklaref-Sozialisten

Von unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, den 14. Oktober.

Der heutige „Montag-Morgen“ veröffentlicht eine sensationelle „Zuschrift von besonderer Seite“, in der nicht  
mehr und nicht weniger als die Verschiebung der Berliner Kommunalwahlen, die am 17. November  
stattfinden sollten, auf die Mitte des Jahres. In dieser Zuschrift wird ganz offen erklärt, daß der Grund für diese  
„Anregung“ in dem Sklaref-Skandal zu erblicken sei. Die „besondere Seite“ ist nichts anderes als das Hauptquar-  
tier der Sozialisten, die mit Recht die Abrechnung der werktätigen Wähler Berlins mit ihrer und der Politik  
aller bürgerlichen Parteien fürchtet. In der Zuschrift wird behauptet, daß die Partei den Vorteil aus der Sklaref-  
Affäre ziehen würde, die am gewissenhaftesten vorgehe. Jede Stunde könne neue Enthüllungen bringen, denn auch  
das Zentrum, das bisher im Zusammenhange mit Sklaref wenig genannt worden ist, wäre in die Affäre verwickelt.  
Der „Montag-Morgen“ erklärt hierzu, er sei bereits dahingehend informiert, daß sich die preußische Koalitions-  
regierung mit der Verschiebung der Wahl beschäftigt hat und daß der sozialdemokratische Innenminister Grzesinski  
einen entsprechenden Antrag dem Landtag zu stellen werde.

Dieser Bericht zeigt ganz deutlich das hohle Gemüß der  
Sklaref-Sozialisten und ihrer bürgerlichen Kumpane. Während  
die kommunistische Partei entschlossen den Trennungsschnitt zwis-  
chen sich und den gestraubten Funktionen gezogen hat,  
bedenkt die Sozialisten noch wie vor das Korruptionsgeheimnis.  
In diesem Zusammenhang muß auch die neueste Enthüllung der  
„Koten-Affäre“ betrachtet werden, die

die Sklarefs als Geldgeber des Reichsbanners entlarzt.

Die „Koten-Affäre“ weist in ihrer geistigen Kumpans-  
mentarisch nach, daß das Element des Reichsbannergenerals  
Höring bewußt erlogen ist, wenn es behauptet, daß ebenso  
wie in Berlin verhafteten Gebrüder Sklaref dem Reichsbanner  
niemals Geldzuwendungen gemacht haben, zweitens daß „nur in  
4 von 32 Gauen des Reichsbanners die Gebrüder Sklaref an  
sich aus (!) Uniformen an die einzelnen Angehörigen des  
Reichsbanners verkauft haben“, und drittens daß „weder der  
Bundesvorstand noch die einzelnen Gauleitungen mit Sklarefs  
auch nur das geringste (!) zu tun gehabt haben“.

Die Kote-Jahre weist demgegenüber nach, daß offiziell der  
Bundesvorstand die einzelnen Gauen und Bundesmitglieder ge-  
zwungen hat, von den früheren Lieferungsverträgen für Reichs-  
banneruniformen zurückzutreten zugunsten eines Ab-  
schlusses mit den Sklarefs, bei der Bundes-  
vorstand gefügig hat. Die Kote-Jahre veröffentlicht  
hierzu das Fassende eines Briefes des Reichsbanner-Bundesvor-  
standes vom Juli 1928. Damit sind bereits 2 Folgen des De-  
mentis, nämlich: daß die Sklarefs „von sich aus“ Uniformen  
geliefert haben und daß der Bundesvorstand „nicht das ge-  
ringste“ mit den Sklarefs zu tun hatte, entlarvt. Darüber hin-  
aus hat sich

die Reichsbannerleitung als Agent der Sklarefs

betätigt, indem sie Reichsbannerfunktionäre den beiden Brüdern  
als offizielle Geschäftvertreter zur Verfügung stellte. Auch das  
für den öffentlichen Blick die Kote-Jahre einen dokumentarischen Beweis  
aus dem Gau Ostpreußen, in dem bestätigt wird, daß die  
Reichsbannerleitung ihre Kameraden ausdrücklich zum Besitze  
ihrer Anzüge bei den offiziell ernannten Vertretern der Skla-  
refs aufgefordert hat. Der Grund für diese Korruptionsunter-  
stützung wird sofort klar, wenn festgestellt wird, daß

die Leitung des Reichsbanners an den Sklarefschen  
Millionengeschäften grüßlich beteiligt

war. Für diese Gewinnbeteiligung war extra ein besonders  
raffiniertes System erdacht worden, und zwar wurde ausge-  
macht, daß der Bundesvorstand durch Kontrollbänder die Quali-  
tät der gelieferten Uniform als geprüft feanzulassen sollte und  
für jede Uniform 1,45 RM „Prüfungsgeld“ bezog. Welch famose  
„Kontrolle“ sich dahinter verbirgt, beweist die Tatsache, daß  
der Bundesvorstand die sogenannten Kon-  
trollbänder den Sklarefs selbst zur Einrich-  
tung in die Uniform übermittelte. Diese famose  
„Kontrolle“ wird dokumentiert durch eine Mitteilung der  
Gebr. Sklaref an den Bundesvorstand des Reichsbanners vom  
18. Mai 1928, in der es heißt:

„Antwortlich Ihres Schreibens vom 15. Mai teilen wir  
Ihnen mit, daß wir die Kontrollbänder bisher nie-  
mals verwendet haben; Dortmund girfa 648 — Königs-  
berg girfa 540 — Magdeburg girfa 1533, insgesamt 3041.  
Hochachtungsvoll

Gebr. Sklaref, geg. Unterschrift.“

Dieses Schriftstück befindet sich heute noch in den Akten des  
Bundesvorstandes in Magdeburg. Damit ist klar erwiesen, daß  
das sogenannte Kontrollgeld eine glatte Kor-  
ruptionsbestechung des Bundesvorstandes

durch die Sklarefs darstellt. Wie strupplos dabei  
die Reichsbannermitglieder betrogen wurden, beweist folgende  
Selbstkostenaufstellung für die Herstellung einer Reichsbanner-  
uniform.

3 Meter Stoff	10,50 RM
Maherlohn für Hülle	2,-
Maherlohn für Jacke	5,50
Zutaten	2,-
Insgesamt:	20,- RM

Da jeder Uniform hat Sklaref netto 28,85 RM verdient,  
müssen 145 RM noch in die Bundeskasse des Reichsbanners  
eingehen!

Dieselben Uniformen lieferte der Einzelhandel zum Preise  
von 33 Mark, wobei Händler und Kaufmann noch genügend per-  
zenten. Trotz der Bekämpfung der Mitglieder über den hohen  
Preis und das schlechte Material erzwang der Bundesvorstand  
den Bezug durch die Sklarefs. Der Grund hierfür liegt auf der  
Hand „so wenig“ hatte also der Bundesvorstand mit den  
Sklarefs zu tun. Die Kote-Jahre kündigt neue Enthül-  
lungen über das Verhältnis zwischen Reichsbanner und den

Topakti



Der Vertuschungskommissar im Sklaref-Skandal

Sklarefs durch Wahlfälschung der Göttinger  
Garde an und betont dabei, daß sie auch dafür in den näch-  
sten Tagen dokumentarische Beweise erbringen wird

Angesichts dieses ungeheuren Korruptionslumpes wird je-  
dem klar, mit welcher Furcht die Soldaten der Millionenrich-  
ter und Großkapitalisten an die Vorbereitung der Kommunal-  
wahlen herangehen müssen. Die Furcht vor der Abrechnung der  
breiten Massen mit dem großkapitalistischen Korruptionsoligarch,  
mit dem Sklaref, „Sozialismus“ treibt die Demagogie und Kor-  
ruptionen zur Verschiebung der Wahl. Die kommunistische  
Partei hat in dieser Situation die besondere Aufgabe, die Massen  
zu mobilisieren für die Verhinderung dieses neuen Unrich-  
tums und die Basis für die gründliche Abrechnung mit dem fap-  
talistischen Korruptionsoligarch zu vorbereiten. Auch die im Reich  
stattfindenden Kommunalwahlen müssen die Abrechnung mit  
diesem System darstellen, denn der Fall Sklaref ist kein Ber-  
liner, ist kein örtlich beschränkter Fall, der Fall Sklaref ist eine  
treffliche Widerpiegelung der Rolle der heute noch herrschenden  
besseren Klasse: Ausbeutung, Korruption und Verrott!

## Der 3. Reichskongreß der Roten Hilfe

KPD, Berlin, den 14. Oktober 1929.

Geleitet wurde mit einer Massenkundgebung im Berliner  
Sportplatz der 3. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands  
eröffnet. Dieser Kongreß hat weit über den Rahmen des Mit-  
gliederkreises der KPD für die gesamte deutsche Arbeiterklasse  
höchste politische Bedeutung.

Er tritt in einer Zeit zusammen, in der gerade auf dem Ge-  
biet des Reichs eine ganze Reihe wichtiger Fragen an die  
Arbeiterklasse herangetragen und proletarische Antworten fordern.  
Der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches, dem in der Behand-  
lung des 3. Reichskongresses der ganze 12. Oktober gewidmet sein  
wird, enthält eine Reihe neuer Terrorgesetze gegen die deutsche  
Arbeiterklasse, wie das Republikverleumdungsgesetz des Sozialdemokraten  
Senfing, der Entwurf eines neuen Vereinsgesetzes, ein neues  
Strafgesetzbuch, das Auslieferungsgesetz, durch das die Aus-  
lieferung nach Deutschland geflüchteter proletarischer politischer  
Emigranten an die Herrschaft der Terrorländer geregelt wer-  
den soll, ein Auslieferungsgesetz zu Artikel 48 der Reichsverfas-  
sung, das den gesetzlichen Rahmen zur Errichtung der sozial-  
faschistischen Diktatur in Deutschland geben soll, alle diese neuen  
Terrorgesetze stellen für die deutsche Arbeiterklasse dringende  
entscheidende Kampffragen des deutschen Proletariats.

Zu diesen Angelegenheiten der Arbeiterklasse durch neue Justiz-  
hausgesetze tritt der

immer offener Vorwärtsschritt des Faschismus und Sozial-  
faschismus zur Errichtung ihrer Diktatur.

Die nationalsozialistischen Bombenattentäter haben mit ihrer  
Dynamikverbrechen dem neuen Weimarer Republik die letzten  
den Weg gebahnt. Zugleich zeigte sich bei der Entlassung der  
Verbrecher der Diktaturbanden die enge Verbindung der

### Ein neuer Schlag gegen den RFB

Genosse Dibrich verhaftet

Berlin, 14. Okt. (Eig. Drahtmeldung)

Heute früh 7,30 Uhr wurde der frühere Gauleiter des  
RFB Berlin-Brandenburg, Genosse Kurt Dibrich,  
verhaftet.

zwischen den faschistischen Banden und dem Staatsparat, ins-  
besondere Reichswehrkreisen besteht. Wenn in Weiterentwicklung  
auf gleichem Wege die faschistische Diktatur der Heimwehr-  
banden errichtet würde, so muß die allgemeine bekannte Tatsache  
der engen finanziellen, personellen und organisatorischen Ver-  
bindung zwischen den deutschen faschistischen Organisationen und  
der österreichischen Heimwehr der deutschen Arbeiterklasse liegen,  
daß die österreichischen Vorläufer von den faschistischen Banden in  
Deutschland wiederholt werden sollen. Das offene Bekenntnis  
der sozialdemokratischen Führer auf dem Magdeburger Parteitag  
zur Diktatur („Wenn schon Diktatur, dann unsere“) zeigt,  
daß von der deutschen Sozialdemokratie kein ernsthafter Wider-  
stand, sondern vielmehr eine Förderung der faschistischen Dikta-  
turpläne zu erwarten ist.

Diese faschistischen Diktaturpläne kündigen sich heute schon  
durch eine zunehmende Schärfe des Terrors aller faschistischen  
Machtorgane gegen die Arbeiterklasse an. Die Brutalität des  
Vorgehens der Polizei zeigte sich nicht nur in den Berliner Massen-  
lagern, sondern im ganzen Reich tritt die Polizei als Bürger-  
kriegsmaschine gegen das Proletariat in Erscheinung. Die inter-  
nationalen Rückbildungen der Faschisten auf den Polizeiwachen,  
die Ausgrenzung gegenüber Verhafteten und Exilierten  
haben ein Geis erreicht, wie es bisher nur in den Balkanländern  
üblich war. Die Zahl der politischen Prozesse gegen rennati-  
onäre Arbeiter ist erneut gewaltig angewachsen. Allein die  
Zahl der wegen Tragens von RFB-Bekleidungsstücken ange-  
klagten oder bereits verurteilten Proletariats geht in die Tau-  
sende.

Zugleich betätigt sich das Eingreifen der Polizei, Straßkämpfe  
und der faschistischen Banden in den Wirtschaftskämpfen gegen  
treibende und ausgeperrte Arbeiter. Die Arbeitsgerichtsbarkeit  
zeigt sich immer offener als ein Unterdrückungsinstrument des  
bürgerlichen Staates gegen die Arbeiterklasse zu Schutze und  
Sicherung des kapitalistischen Profits.

Diese Zunahme der politischen und wirtschaftlichen Unter-  
drückung der Arbeiterklasse erwacht aus zwei großen Ursachen:  
Aus der wachsenden Schärfe der Klassenkämpfe und  
Klassenkampf infolge der zunehmenden Schwierigkeiten der  
Bourgeoisie, ihre politische Macht zu halten und den fap-  
talistischen Profit zu sichern und zu steigern.  
Aus den wachsenden imperialistischen Gegensätzen der fap-  
talistischen Mächte, insbesondere dem Gegensatz der fapita-